

(2) Theoretischer Rahmen und methodische Grundlagen

Wie dargelegt wurde, sollen in diesem Kapitel in groben Zügen zuerst der theoretische Rahmen und in der Folge die methodischen Grundlagen der Studie skizziert werden.

(2.1) Theoretischer Rahmen

Die vorliegende Studie lässt sich insofern als Policy-Analyse charakterisieren, als sie sich für die in einem spezifischen Politikfeld entwickelten Strategien verschiedener AkteurInnen interessiert, „um bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Probleme zu lösen“ (Schneider/Janning 2006: 18). Da die Studie in diesem Zusammenhang davon ausgeht, dass solche Ziele bzw. Probleme nicht einfach gegeben sind, sondern im Rahmen eines sozial umkämpften und diskursiv vermittelten Prozesses erst in ihrer jeweils aktuellen Bedeutung hervorgebracht werden, kann sie – punktuellen Differenzen zum Trotz (vgl. etwa Brand 2013: 429f.; Griesser 2015: 112f.) – grob dem Feld der Interpretativen Policy-Analyse (IPA) zugeordnet werden (vgl. etwa Münch 2016: 3ff.).

Im Folgenden sollen zentrale Aspekte skizziert werden, wie sie für den theoretischen Ansatz verbindlich und für die vorliegende Studie von Relevanz sind. Diese Relevanz ergibt sich dabei aus dem Beitrag, den der jeweilige Aspekt zur Beantwortung der forschungsleitenden Frage leisten kann, woran die Verankerung wohlstandsorientierter Politik bislang scheitert (bzw. wie sie – darauf aufbauend – zukünftig gelingen kann). Mit anderen Worten geht es also um die Frage, warum Ansätze einer sozial-ökologisch orientierten Wohlstandspolitik als Sachthemen in Österreich wenig wahrgenommen werden; präziser formuliert, warum sie es – als Lösungsvorschläge für das Problem einer einseitig verengten Wirtschaftspolitik – bislang kaum auf die politische Agenda schaffen, geschweige denn als Alternativen zum Gegenstand politischer Entscheidungen werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass die für die Gestaltung einer solchen Agenda bzw. für die Auswahl entsprechender Alternativen relevanten Faktoren – die Wahrnehmung des Problems (*problem recognition*), das Vorhandensein darauf bezogener Lösungsvorschläge (*policy proposals*), deren Unterstützung durch politische Kräfte (*political processes*) usw. – bereits vorhanden sind. Entscheidend ist deshalb die Verknüpfung dieser Faktoren bzw. Ströme, denn nur wenn dies gelingt – wenn also in Bezug auf eine bestimmte Problemwahrnehmung ein konsistenter Lösungsvorschlag formuliert und dieser von einer machtvollen Interessenkoalition unterstützt wird –, kann das Sachthema auf der

politischen Agenda nach oben rücken bzw. dort überhaupt erst erscheinen.

In der Perspektive John Kingdons (1984: 173ff.) setzt dies die Öffnung eines Möglichkeitsfensters (*window of opportunity*) voraus, wodurch sich für sogenannte *Policy-Entrepreneurs* die Gelegenheit ergibt, im Sinne der genannten Verknüpfung etwa für wahrgenommene Problemlagen konkrete Lösungsvorschläge und damit verbundene Interessenkoalitionen ins Spiel zu bringen. Mit dem Konzept der *Policy-Entrepreneurs* werden dabei AkteurInnen aus unterschiedlichen Bereichen (Verwaltung, Wissenschaft usw.) gefasst, die auf die Öffnung eines Möglichkeitsfensters lauern, um mit Blick auf einen möglichen zukünftigen Nutzen (materieller, solidarischer usw. Art) verschiedene Ressourcen (Geld, Reputation usw.) zu investieren (vgl. ebd.: 188). Aus der hier gewählten IPA-Perspektive ‚handeln‘ *Policy-Entrepreneurs* dabei v.a. mit diskursiven *Frames* bzw. Deutungsmustern, die auf politische Sachthemen bezogen und für den Prozess der Agendagestaltung von zentraler Bedeutung sind (vgl. etwa Rein/Schön 1993).

Dieser Prozess, im Zuge dessen Sachthemen auf die politische Agenda gesetzt bzw. in der damit verbundenen Prioritätenliste (nach oben) verschoben werden, ist nicht bloß eng mit politischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Strategien verbunden. Er unterliegt auch vielfältigen Restriktionen. Im vorliegenden Zusammenhang wollen wir uns auf zwei Arten von Restriktionen konzentrieren, welche im Hinblick auf die dargelegte Forschungsfrage insofern von besonderer Bedeutung sind, als sie den Prozess der Policy-Formierung im Sinne der Priorisierung bestimmter Problemformulierungen und Lösungsvorschläge entweder in endogener oder in exogener Form beschränken:

Was ersteres, also die endogen wirksamen Restriktionen anbelangt, wurde von neo-institutionalistischer Seite das Konzept der Pfadabhängigkeit (weiter-)entwickelt, um zu erklären, wie aktuelle Entscheidungen das Einschlagen eines bestimmten Entwicklungspfads bedingen und darüber im Sinne pfadabhängiger Entwicklung auch zukünftige Entscheidungen prägen. In historischer Perspektive impliziert dies eine institutionelle Form der Priorisierung von *Policies*, die sich hinsichtlich des eingeschlagenen Pfads durch Kontinuität gegenüber solchen, die sich durch Diskontinuität auszeichnen. Erklärt wird dieser Mechanismus auch in der Politikwissenschaft vielfach über Selbstverstärkungseffekte (*increasing returns*), die den relativen Nutzen bestimmter bzw. die relativen Kosten alternativer Entscheidungen mit der Zeit in selbstverstärkender Weise erhöhen und darüber Wandel unwahrscheinlich machen (vgl. etwa Pierson 2000).

Im Gegensatz dazu schlagen wir hier aus der IPA-Perspektive eines „diskursiven

Institutionalismus“ (vgl. etwa Schmidt 2012, 2011) vor, diesen Bias zugunsten bestimmter Problemwahrnehmungen bzw. Lösungsvorschläge zentral auf institutionell sedimentierte Wissensbestände und eine entsprechend variierende Passfähigkeit politischer Ideen zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Dis-/Kontinuität von Entwicklungen im Bereich programmatischer Ideen (vgl. ebd.: 108ff.), wie sie hier zur Diskussion steht, ist dabei die Priorisierung passfähiger, weil mit den sedimentierten Wissensbeständen in Kontinuität stehender Konzepte von besonderer Bedeutung.

Was schließlich die Frage der exogenen, also von außen auf den Prozess der Policy-Formierung einwirkenden Restriktionen betrifft, geht es um jene Selektivität politischer Institutionen, die – wie Claus Offe (2006 [1972]: 105) es formulierte – „die nicht-zufällige (d.h. systematische) Restriktion eines Möglichkeitsraumes“ bedingt. Dem zugrunde liegt die Überlegung, dass nicht für alle Sachthemen der Weg auf die politische Agenda bzw. an die Spitze politischer Prioritätenlisten gleichermaßen offen steht, sondern dass deren Chancen aufgrund eines Sets institutionalisierter Filterungs- und Ausschlussregeln variiert.

Konkret hängen besagte Chancen von den Möglichkeiten des Zugangs zu bzw. der Kontrolle über Kapazitäten ab, die für verschiedene politische Kräfte bzw. die von diesen verfolgten Interessen, Strategien, Zeithorizonte usw. in jeweils spezifischer, nämlich „strategisch-selektiver“ (Jessop 2002: 40) Form ausgestaltet sind. Aus der IPA-Perspektive interessieren uns in diesem Zusammenhang in erster Linie „diskursive“ (ebd.: 93) bzw. „epistemische Selektivitäten“ (Brand/Vadrot 2013: 207ff.) im Sinne von in politische Institutionen eingeschriebenen Mechanismen, die spezifische Formen des Wissens, der Problemprezeption und der Narration gegenüber anderen präferieren (vgl. ebd.).

(2.2) Methodische Grundlagen

Was die Datenerhebung für die vorliegende Studie anbelangt, kamen in einem ersten Schritt Literatur- und Quellenrecherchen zur Anwendung, um die (internationale) Debatte zu alternativen Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren sowie zu Strategien für deren institutionelle Verankerung aufzuarbeiten. Hinsichtlich der politischen Strategieanalysen relevanter AkteurInnen in Österreich wurden alsdann in einem zweiten Schritt leitfadengestützte ExpertInneninterviews eingesetzt. Die Auswertung der solcherart erhobenen Daten erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Beim ExpertInneninterview handelt es sich um eine in der qualitativen Sozialforschung

etablierte Methode der Datenerhebung. Diese intendiert eine Erforschung sozialer Sachverhalte durch die Erschließung des Spezialwissen von ExpertInnen mittels spezifischer Formen der Gesprächsführung (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 52f.; Gläser/Laudel 2010: 12).⁷ Die im Rahmen der Studie angewandte Form des Interviews lässt sich hinsichtlich ihres Standardisierungsgrads dabei – in Abgrenzung zu standardisierten (Fragebogen-)Interviews – als nicht- bzw. teilstandardisiert charakterisieren (vgl. Hopf 2008: 351). Konkret handelte es sich um Leitfadeninterviews, die sich an einem vorab entwickelten Fragenkatalog orientierten. Besagter Leitfaden diente hinsichtlich des Untersuchungsfelds als Strukturierungshilfe und im Hinblick auf die Erhebungssituation als Richtschnur. Zudem garantierte er im Zusammenhang mit der Auswertung die Vergleichbarkeit erhobener Daten (vgl. Klammer 2005: 226ff.).

Was die Auswertung der mittels Leitfadeninterviews erhobenen Daten betrifft, wurde in der qualitativen Sozialforschung eine Vielzahl methodischer Ansätze erprobt (vgl. Schmidt 2008). Vor allem wenn zentral technisches Wissen bzw. Prozesswissen, nur nachrangig hingegen Deutungswissen im Zentrum der Untersuchung steht, wird häufig auf Instrumente aus dem Bereich der qualitativen Inhaltsanalyse referiert (vgl. etwa Bogner et al. 2014: 17ff./71ff.; Gläser/Laudel 2010: 43ff.). Wenngleich im vorliegenden Fall alle drei genannten Wissensformen von Bedeutung sind, bedienen auch wir uns bei der Datenauswertung der qualitativen Inhaltsanalyse. Vereinfacht dargestellt wurden zu diesem Zweck die vollständig transkribierten Interviews im Sinne textförmiger Daten in einem ersten Schritt mithilfe eines Analyserasters entlang *ex ante* entwickelter Kategorien einer Feinanalyse unterzogen. In einem nachfolgenden Schritt ging es darum, die so gewonnen Informationen in aggregierter und vom Ursprungstext abstrahierter Form aufzubereiten und im Rahmen einer Gesamtanalyse interpretativ-analytisch auszuwerten.

Was die Anzahl der ExpertInneninterviews betrifft, wurden insgesamt 20 rund einstündige Interviews durchgeführt, wobei fünf davon als explorative Interviews am Projektbeginn standen. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde eine ausgewogene Repräsentation von fünf Stakeholder-Gruppen angestrebt, die im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse des

⁷ Den in der Politikwissenschaft interviewten ExpertInnen stehen im Rahmen des Interviews drei Rollen zur Verfügung, nämlich jene der *Person* (das einzelne Individuum), jene des/der *RepräsentantIn* (die vertretene Organisation bzw. Institution) sowie jene des/der *StrategIn* (die kollektiven strategischen AkteurInnen im Sinne von Parteien, Verbänden, NGOs usw.) (vgl. Abels/Behrens 2009: 161). Vor allem im Hinblick auf die mit ExpertInneninterviews im Allgemeinen verbundenen „Interaktionseffekte“ (vgl. ebd.: 166ff.) ergeben sich hieraus methodische Probleme, die durch das Setting der vorliegenden Studie noch zusätzlich verschärft, im Folgenden jedoch nicht systematisch reflektiert werden können.

Forschungsprojekts als zentrale AkteurInnen betrachtet werden können: (a) Politik und Verwaltung auf Bundes- und kommunaler Ebene (aus den Ressorts Umwelt, Soziales und Wirtschaft sowie aus dem Bundeskanzleramt); (b) (Angewandte) Wissenschaft inklusive Bundesanstalt für Statistik (Statistik Austria, Wirtschaftsforschungsinstitute); (c) Verbände und Gewerkschaften inklusive verbandsnaher Einrichtungen (AK, ÖGB, WKO, IV); (d) NGOs aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales (Attac, Armutskonferenz usw.); (e) Medien und Journalismus (aus den Ressorts Wirtschaft und Gesellschaft). Für die konkrete Auswahl der einzelnen InterviewpartnerInnen verantwortlich zeichnete der wissenschaftliche Beirat des Forschungsprojekts bestehend aus den Studienautoren sowie den AK-Referenten Georg Feigl und Florian Wukovitsch.